

30.10.2012

## Antrag

der Fraktion der FDP

### **Stärkungspakt für Gymnasien – Ganztagsorganisation an den weiterführenden Schulen flexibilisieren und Kampagne für Ganztagsgymnasien starten**

#### **I. Ausgangslage**

Der Ganzttag stellt für das nordrhein-westfälische Schulsystem eine zentrale Bereicherung dar. Eine Ganztagsorganisation leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig stellen die erweiterten Betreuungs- und Förderzeiten eine wesentliche Unterstützung dar, um die schulisch-fachliche Förderung zu stärken, eine veränderte Rhythmisierung zur Vertiefung der Unterrichtsinhalte zu ermöglichen, ein vielfältiges kulturelles, sportliches oder auch künstlerisches Angebot in die schulische Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen einzubinden und Kindern und Jugendlichen hierdurch neue Erfahrungen und den Erwerb neuer Kenntnisse und Fertigkeiten zu ermöglichen.

In den vergangenen Jahren sind sowohl in den Regierungsjahren von CDU und FDP als auch von SPD und Grünen die Ganztagsangebote der unterschiedlichen Schulstufen und Schulformen deutlich ausgebaut worden. Allerdings besteht zwischen den Schulformen ein gravierendes Ungleichgewicht. Dies gilt insbesondere für die Gymnasien, die unter den allgemeinbildenden weiterführenden Schulformen die mit Abstand beliebteste Schulform darstellen. Darüber hinaus hat sich die Übergangsquote von der Primarstufe auf die Gymnasien auf inzwischen 41 Prozent kontinuierlich erhöht. Dass an dieser Schulform der Anteil der Ganzttagsschulen lediglich rund 25 Prozent beträgt, steht in keiner Relation zum Elternwahlverhalten.

Im Rahmen des notwendigen forcierten quantitativen Ausbaus der Ganztagsangebote sollte den Elternwünschen bestmöglich entsprochen werden können. Manche Eltern wünschen keinen Besuch einer Ganzttagsschule. Insbesondere im ländlichen Raum spielen lange Anfahrtszeiten eine wichtige Rolle, die Eltern davon abhalten, ein solches Angebot für ihre Kinder wahrzunehmen. Auch zukünftig muss die nordrhein-westfälische Landespolitik daher den unterschiedlichen Elternerwartungen gerecht werden. Der Ausbau des Ganztags darf sich nicht zu einem Zwang für die Eltern entwickeln, der ihnen Wahlmöglichkeiten verwehrt und unverhältnismäßig in die Erziehungsrechte und –zeiten eingreift. Es gilt vielmehr, den unterschiedlichen familiären Bedürfnissen entsprechen zu können.

Datum des Originals: 30.10.2012/Ausgegeben: 30.10.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Den weiterführenden Schulen muss daher zeitnah eine Flexibilisierung des Ganztagsangebots ermöglicht werden. Zukünftig soll die Möglichkeit eröffnet werden, dass an Schulen parallel in einer Jahrgangsstufe Ganztagszüge, aber auch Halbtagszüge angeboten werden. Dies kann somit z.B. bedeuten, dass an einer vierzügigen Schule in einer Jahrgangsstufe zwei Züge als Ganztagsangebot arbeiten, zwei Züge den Eltern jedoch auch weiterhin die Wahlmöglichkeit eines Halbtagsangebots ermöglichen. Eine solche Organisationsform kann sowohl zu einer forcierten Nachfrage nach einem Ausbau der Ganztagsangebote führen als auch langfristig Elternrechte sichern. Für eine diesbezügliche Entscheidung muss zukünftig vor Ort eine enge Abstimmung zwischen den Schulträgern sowie den Schulkonferenzen erfolgen.

Bereits gegenwärtig zeigen derartige Angebote in anderen Bundesländern, dass eine solche flexibilisierte Ganztagsorganisation sehr gut umgesetzt werden kann und sich großer Nachfrage erfreut. Darüber hinaus versichern Fachleute des Bildungsmanagements, viele Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen, dass eine solche Organisationsform möglich und qualitativ umsetzbar ist.

Um den Ganztagsausbau zu verstärken sowie Elternrechte und -wahlmöglichkeiten zu gewährleisten, muss es ab dem Schuljahr 2013/2014 allen weiterführenden Schulen erlaubt werden, parallel Züge sowohl in Halbtags- als auch in Ganztagsform zu führen. Es gilt seitens der Exekutive, den Schulen die entsprechenden Ressourcen für diese flexibilisierten Organisationsbedingungen bereit zu stellen, Schulträger und Schulen umfassend zu beraten und durch Best-Practice-Beispiele bei einer qualitativen Umsetzung zu unterstützen.

Zu Recht betont Schulministerin Löhrmann oftmals die zusätzlichen Förderungsmöglichkeiten, die sich bei dem Besuch von Ganztagschulen eröffnen können. Um verstärkt auch die Vorteile des Ganztagsunterrichts an Gymnasien bekannt zu machen, ist es daher unerlässlich, intensiv für dessen Ausbau zu werben. Hierfür muss die Landesregierung eine Ganztagskampagne initiieren, die sich sowohl an die Eltern, die Schulleitungen und die Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien als auch an die Schulträger richtet. Zu einer solchen Werbekampagne können unter anderem folgende Maßnahmen zählen:

- Ein Ausbau der Informationsbereitstellung in den Internetauftritten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sowie der Landesregierung.
- Werbung für den Ganztagsausbau bei Schulbesuchen an Gymnasien durch die Ministerpräsidentin, die Ministerin für Schule und Weiterbildung und durch weitere Kabinettsmitglieder.
- Informationsveranstaltungen für interessierte Eltern, Schulleitungen und Pädagogen durch die nachgeordneten Behörden.
- Flächendeckende, landesweite Workshops und Veranstaltungen zu diesem Thema in Zusammenarbeit des Schulministeriums mit den entsprechenden Elternverbänden und Lehrgewerkschaften.
- Informationsbroschüren mit Best-Practice-Beispielen.

Neben den genannten exemplarischen Maßnahmen sollte die Landesregierung weitere adäquate Schritte ergreifen und hierbei unter anderem auf positive Erfahrungen aus anderen Bundesländern zurückgreifen.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zum Schuljahr 2013/2014 die Organisation des Ganztagsangebots an weiterführenden Schulformen zu flexibilisieren und zukünftig an einzelnen Schulen ein paralleles Angebot von Ganztags- und Halbtagszügen zu ermöglichen;
2. für die Umsetzung eines solchen Angebots umfangreiche Best-Practice- Beispiele zu erarbeiten und den Schulen, die sich für ein solches Angebot entscheiden, umfassend beratend zur Seite zu stehen;
3. eine umfangreiche Werbekampagne für den Ausbau der Ganztagsangebote an Gymnasien zu initiieren;
4. hierbei die unterschiedlichen staatlichen Ebenen sowie die Eltern- und Fachverbände umfassend einzubinden und Mittel aus dem Etat für Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Schule und Weiterbildung für diese Kampagne bereitzustellen.

Christian Lindner  
Christof Rasche  
Yvonne Gebauer  
Ingola Schmitz

und Fraktion